



Antrag

der Abgeordneten **Andreas Lotte, Annette Karl, Natascha Kohnen, Bernhard Roos, Susann Biedefeld, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Angelika Weikert, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ilona Deckwerth**
SPD

Vergaberechtliche Rahmenbedingungen von Integrationsunternehmen verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Anteil an Integrationsunternehmen, die bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt werden, zu erhöhen.

Insbesondere ist darauf hinzuwirken, dass

- Integrationsunternehmen in die Verwaltungsvorschriften zum Vergaberecht als bevorzugte Bieter aufgenommen werden und
- der Anteil der Aufträge an Integrationsunternehmen (gemessen am Finanzvolumen und an der Anzahl der Aufträge) statistisch erfasst wird.

Begründung:

Integrationsunternehmen nehmen mit ihrem Angebot am allgemeinen Wettbewerb teil und unterscheiden sich in dieser Hinsicht nicht von gängigen Unternehmen. Sie erfüllen jedoch einen zusätzlichen Auftrag, in dem sie sich verpflichten, mindestens 25 Prozent ihrer Arbeitsplätze mit besonders betroffenen Schwerbehinderten nach § 132 Sozialgesetzbuch (SGB) IX zu besetzen. Damit leisten sie einen äußerst wichtigen Beitrag, um besonders betroffene Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Dabei können diese Unternehmen auch anderen Betrieben als Beispiel für die Machbarkeit von Inklusion dienen. Integrationsunternehmen haben durch ihre Erfolge bewiesen, dass ihre Arbeit von großer Bedeutung und unbedingt zu unterstützen ist.

Die derzeitigen Rahmenbedingungen für Integrationsunternehmen sind jedoch nicht in einer angemessenen Weise ausgestaltet, um diese bei ihrem gesellschaftlichen Auftrag zu fördern. Weder sind Integrationsunternehmen in den Verwaltungsvorschriften zum Vergaberecht als bevorzugte Bieter aufgenommen, noch beseht angesichts fehlender aussagekräftiger Daten ein Mittel, um zu überprüfen, ob Maßnahmen wie die im April 2016 eingeführte Möglichkeit zum Vorbehalt von Aufträgen nach § 118 des Gesetzes gegeben Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zu einer Ausweitung der Auftragsvergabe an Integrationsunternehmen geführt hat.